



## **Wie weit kann die Krise mit dem Iran führen?**

**Ralph D. Thiele**

**Mai 2012**

### **Zusammenfassung**

---

Die Krise mit dem Iran ist ein Thema von besonderer Bedeutung auf der internationalen Agenda. Der Iran strebt nach Hegemonie im Persischen Golf und Führung in der islamischen Welt. Dieser Anspruch steht in Konkurrenz zu Saudi-Arabien, Ägypten und zunehmend auch zur Türkei. Während die Welt versucht den Iran abzuhalten, sich nuklear zu bewaffnen, wird immer klarer, was passiert, wenn die Verhandlungen nicht erfolgreich sind: Wir werden iranische Nuklearwaffen sehen, die der iranischen Regierung zusätzliches Gewicht verleihen, den Frieden und die Stabilität im Nahen und Mittleren Osten bedrohen und Irans Nachbarn veranlassen, die eigene Nuklearbewaffnung voranzutreiben.

Gegenwärtig läuft der Westen Gefahr, einer iranischen Strategie in die Hände zu spielen, die nicht die direkte Auseinandersetzung mit Israel sucht, sondern eher den Arabischen Frühling zu einer neuen anti-israelischen Koalition umformen möchte, die das Kräftegleichgewicht zugunsten Teherans verändert und einen arabisch-israelischen Krieg sucht, von dem das iranische Regime profitieren will. In absehbarer Zeit wird der Iran auch Mitteleuropa mit Raketen angreifen können. Das iranische Nuklearpotenzial bildet hierbei ggf. einen Schutzschirm, der sicherstellt, dass der Iran selbst nicht angegriffen wird. Kann der Iran diese Strategie erfolgreich umsetzen, werden kriegerische Auseinandersetzungen im mittleren Osten wahrscheinlich.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## ANALYSE

### Eine Frage von Krieg und Frieden

Die Krise mit dem Iran ist ein Thema von besonderer Bedeutung auf der internationalen Agenda. Während die Welt versucht den Iran abzuhalten, sich nuklear zu bewaffnen, wird immer klarer, was passiert, wenn die Verhandlungen nicht erfolgreich sind: Wir werden iranische Nuklearwaffen sehen, die

- der iranischen Regierung zusätzliches Gewicht verleihen,
- den Frieden und die Stabilität im Nahen und Mittleren Osten bedrohen und
- Irans Nachbarn veranlassen, die eigene Nuklearbewaffnung voranzutreiben.

Diese Destabilisierung des energiereichsten Teils der Welt gibt Grund zur Besorgnis. Die Lage ist ernst – eine Frage von Krieg und Frieden.

Die nuklearen Ambitionen des Iran lassen sich bis in die Zeit des Schah-Regimes zurückverfolgen – in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als Israel und der Iran noch gute Beziehungen pflegten. Schon damals ging es den Regierenden in Teheran um Hegemonie. Das iranische Atomprogramm ist keineswegs die öffentlich immer wieder beschworene Reaktion auf das vermutete israelische nukleare Potenzial. Die arabischen Nachbarn Teherans machen sich darüber nicht weniger Sorgen als Israel und der Rest der Welt.

Mit der Forcierung seines Atomprogramms schafft das Regime in Teheran existenzielle Probleme für Israel, aber auch für die arabischen Anrainerstaaten. Israel kann mit wenigen Atomwaffenschlägen ausgelöscht werden. Die arabischen Nachbarn des Iran fürchten, dass dieser sich unter einem Nuklearschirm zum Beherrscher des Mittleren Ostens aufschwingt. Länder wie Saudi-Arabien und Ägypten, auch Katar versuchen derzeit, mit neuen Raketenabwehrsystemen ihren Schutz vor dem Iran zu verbessern. Eine Nuklearmacht Iran setzt führende regionale Mächte wie Saudi-Arabien und Ägypten zudem unter Zugzwang, atomar gleichzuziehen.

Bereits seit über einem Jahrzehnt bestehen massive Fragen und Zweifel am Charakter des iranischen Nuklearprogramms. Der Iran steht deshalb nicht nur im Fadenkreuz der USA und Israels. Auch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die E3+3-Staaten<sup>1</sup> haben Iran wiederholt zu Kooperation und Transparenz aufgefordert.

Iran hat den Nichtverbreitungsvertrag ratifiziert. Darin verpflichtet sich jeder Nichtkernwaffenstaat, keine Kernwaffen anzustreben. Zugleich hat er das Recht, die Nukleartechnologie für friedliche Zwecke zu nutzen. Damit alle Partner sicher sein können, dass ein als friedlich deklariertes Nuklearprogramm nicht für Waffen-zwecke missbraucht wird, kontrolliert die IAEO das gesamte im Land befindliche nukleare Spaltmaterial. Dies geschieht im Rahmen eines Abkommens mit der IAEO, dem sogenannten Safeguards-Abkommen, das im Falle Iran seit 1974 in Kraft ist.

Am 8. November 2011 stellte die IAEO in einem Bericht an den Gouverneursrat der Organisation und an den VN-Sicherheitsrat fest, dass Iran seine Aktivitäten zur Anreicherung von Uran ungeachtet internationaler Forderungen mit Nachdruck fortsetze. Die Urananreicherung ist problematisch, weil sie für die Produktion von Spaltmaterial für den Bau von Kernwaffen verwendet werden kann. Irans Vorräte an niedrig angereichertem



Uran sowie an Uran mit einer Anreicherung von bis zu 20 % sind bemerkenswert angewachsen. Die *New York Times* berichtete Anfang April 2012, dass der Iran inzwischen über rund 100 Kilogramm bis zu 20 % angereichertes Uran verfügt.

Eine Mission der IAEA nach Iran vom 20./21. Januar 2012 verlief ergebnislos. Die Inspektoren bekamen keinen Zugang zu der Atomanlage in Parchin und mussten unverrichteter Dinge wieder abreisen. Am 24. Februar 2012 hielt die IAEA in einem erneuten Bericht ihre weiterhin große Besorgnis über den Charakter des iranischen Nuklearprogramms fest. Anlass zu besonderer Besorgnis geben Hinweise der IAEA auf eine mögliche militärische Dimension des iranischen Nuklearprogramms. Der Bericht erbrachte klare Evidenz

- für ein iranisches Nuklearwaffenprogramm, das den Erwerb aller hierfür erforderlichen Schlüsseltechnologien anstrebt;

für den Erwerb von Design-Informationen aus dem Khan-Netzwerk. Mit den Verhandlungen zwischen dem Iran und den fünf permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen plus Deutschland über Irans Nuklearprogramm ist die Krise mit dem Iran in einer neuen und wahrscheinlich entscheidenden Phase. Nach einem Verhandlungsjahrzehnt mit langen Unterbrechungen wird man sehen müssen, ob es nun zu einem belastbaren Verhandlungsergebnis kommt. Drei Punkte sind von besonderer Bedeutung:

1. Der Iran will – wie die anderen regionalen Akteure – den *Arabischen Frühling* für eine Veränderung des Kräftegleichgewichts der Region instrumentalisieren.
2. Die Sanktionen gegen den Iran und dessen Lebensadern – zumindest dessen Prosperitätsadern – entfalten offensichtlich die gewünschte Wirkung.
3. Kommt es in den Gesprächen zu keinem signifikanten Erfolg, wird man mit einem militärischen Einsatz gegen den Iran rechnen müssen und dessen heftiger Reaktion.

### Zielsetzungen wichtiger Akteure

Der Iran strebt nach Hegemonie im Persischen Golf und Führung in der islamischen Welt. Dieser Anspruch steht in Konkurrenz zu Saudi-Arabien, Ägypten und zunehmend auch zur Türkei. Die iranische Motivation hat geschichtliche Wurzeln, die bis in das alte Persische Reich zurückreichen. Es gibt darüber hinaus ideologische, religiöse und auch pragmatische Antriebe.

Der iranisch-saudische Gegensatz ist der Hauptkonflikt der Golfregion, strahlt aber auch in Afghanistan, den Libanon und den Irak aus. Irans Strategie beruht auf der ideologisch geprägten Überzeugung, dass die prowestlichen Regime der Region Zug um Zug entweder durch Wahlen oder durch Volksaufstände fallen werden und sich dadurch die geostrategischen Gewichte zugunsten Teherans verschieben. Am Ende dieses Prozesses stünden der Abzug der USA und anderer fremder Mächte aus der Region und das Ende Israels.

Hierzu ringt der Iran – z.B. über seine Unterstützung für die Palästinenser – um Anerkennung als Führungsmacht unter den Arabern und versucht zugleich, den strategischen Druck auf Israel zu erhöhen. Dieser Zielsetzung dient auch die Kooperation mit der Hisbollah und Syrien. Begleitstrategien im Irak, Irakisch-Kurdistan und Afghanistan sollen verhindern, dass von dort gegen Teheraner Interessen vorgegangen wird. Das iranische

---

<sup>1</sup> USA, Russland, China// Frankreich, Großbritannien und Deutschland



Nuklearprogramm sowie die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Islamischen Republik sollen den eigenen Führungsanspruch untermauern.

Die gegenwärtige Konfrontation mit der IAEO, den U.S.A., der Europäischen Union und zahlreichen weiteren Staaten und Organisationen porträtiert die iranische Führung als eine Auseinandersetzung um eine neue Weltordnung, um Weltanschauungen sowie als eine Fortsetzung des westlichen Imperialismus. In dieser Auseinandersetzung sucht der Iran Rückhalt und Zusammenarbeit mit Staaten in Afrika und Lateinamerika, die ihrerseits in Auseinandersetzungen mit der westlichen Ordnung bzw. diese repräsentierende Staaten stehen. Kernargument der Regierung in Teheran ist es dabei, dass die U.S.A. ihre derzeitige „ausbeuterische Haltung“ nur perpetuieren wollten. Demgegenüber bietet der Iran Kooperationspartnern die Option einer „alternativen Weltordnung“ an, die insbesondere die Souveränität und die Interessen von Entwicklungsländern zu unterstützen vorgibt.

Der strategische Ansatz Teherans stellt ideologische und religiöse Ziele pragmatisch hinter das Ziel einer Koalitionsbildung nicht- oder anti-westlicher Staaten, die Iran unterstützen können, dem Westen und insbesondere den U.S.A. Paroli zu bieten. Iran wirbt dabei mit ökonomischer Hilfe – insbesondere im Energiebereich – und mit Appellen zu anti-westlicher Solidarität. Auch wenn viele der Staaten, deren Kooperation das Regime in Teheran sucht, militärisch und auch ökonomisch nur schwach sind, baut der Iran kontinuierlich und hartnäckig an dieser Vision eines Netzwerkes von Partnern, die der westlichen Dominanz einer neuen Weltordnung entgegenwirken. Man wird sehen, welche Erfolge der Iran auf diesem Weg tatsächlich erzielen kann.

Israel ist sich der Dimensionen des iranischen Machtstrebens voll bewusst und will Teheran nicht gestatten, Tempo, Richtung und Schwerpunkte der Entwicklung einer anti-israelischen Koalitionsbildung ungestört zu bestimmen. Während Israel bereits vernehmlich darauf hinweist, dass die Uhr für Verhandlungslösungen abläuft, setzt die US-Regierung noch auf Zeit. „Wir würden sehen, wenn eine Entscheidung zum Bau von Nuklearwaffen getroffen wurde“ heißt es in jüngster Zeit aus U.S. Regierungskreisen. Dies richtet sich gegen einen verfrühten präemptiven Schlag der Israelis.

Zugleich nehmen die U.S.A. die Auseinandersetzung überaus ernst. Sie beobachten und analysieren

- die iranischen Streitkräfte und deren Fähigkeiten;
- die Auswirkungen der Sanktionen auf das iranische Regime und dessen Energiesektor;
- die Rolle des Iran im Irak seit 2003 und welche Rolle der Iran in Afghanistan, Pakistan und Zentralasien spielt;
- iranische Interessen in Israel, Jordanien, Libanon, den palästinensischen Gebieten, Ägypten und Syrien;
- den iranischen Einfluss in Armenien, der Türkei, Aserbaidschan und Georgien, seine komplexen Verbindungen zu Brasilien, Indien, China und Russland;
- die Kräftebalance in der Golfregion einschließlich des Raketenpotenzials und insbesondere sich herausbildende nukleare Fähigkeiten;
- sicherheitsbezogene Konsequenzen für Länder wie Jemen, Saudi Arabien, Bahrain, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Katar.



Bei einem Treffen mit Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu Anfang März 2012 richtete US-Präsident Barack Obama die bislang schärfste Warnung an das Regime in Teheran: Wenn Iran an seiner Entscheidung festhalte, ein eigenes Atomwaffenprogramm zu entwickeln, werden die USA handeln. Nur wenige Tage vor dem Treffen mit Netanyahu hatte Obama in einem Interview mit dem *Atlantic* seine Entschlossenheit betont, notfalls auch eine militärische Option zu wählen: „*As President of the United States, I don't bluff.*“

Derweil gehen die arabischen Regierungen der Region politisch von der Annahme aus, dass

- der Iran die Nuklearschwelle bereits überschritten hat;
- sich Teheran entschieden hat, eine gewisse Intransparenz im Stile Israels zu kultivieren, um die bereits labile Situation nicht weiter zu verschärfen.

Die Regierungen in Riad und Doha sind sich dabei durchaus bewusst, dass die Teheraner Selbstverpflichtung zur Zerstörung Israels im Kontext der Befreiung der drei heiligen Stätten des Islam in Jerusalem, Mekka and Medina zugleich auf die Beendigung der Herrschaft der Saud-Dynastie zielt. Sie bauen derzeit allerdings auf Jerusalems Zurückhaltung unilateral zuzuschlagen, trotz der wachsenden Bedrohung.

In engem Schulterschluss mit den U.S.A. verfolgt die Europäische Union einen Policy-Ansatz, der aus einer Mischung aus Diplomatie, Sanktionen, regionaler Verteidigungskooperation und der Option eines militärischen Einsatzes besteht. Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens haben parallel zu den Bemühungen der IAEO einen Gesprächsprozess aufgenommen, in dem sie Iran aufgefordert haben, seine Aktivitäten zur Urananreicherung solange auszusetzen, bis das Vertrauen in den friedlichen Charakter seines Nuklearprogramms wiederhergestellt sei. Auch nach Überweisung an den VN-Sicherheitsrat 2006 setzten sie ihre Bemühungen fort. Das Format wurde erweitert, und im Juni 2006 legten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens sowie der damalige Hohe Repräsentant der EU Solana, gemeinsam mit ihren Kollegen aus den USA, Russland und China Iran ein umfassendes Kooperationsangebot vor. Darin stellten sie Iran unter der Voraussetzung der Erfüllung der Forderungen des VN-Sicherheitsrats eine weitreichende wirtschaftliche, politische und nukleare Zusammenarbeit in Aussicht.

Zwischenzeitlich hat die Europäische Union die Sanktionen der Vereinten Nationen gegen Iran umgesetzt und in mehreren Sanktionsrunden erweitert – zuletzt beim Rat für Außenbeziehungen vom 23. Januar 2012. Dort beschlossen die Außenminister der EU-Staaten neue Sanktionen, die auf die Finanzquellen des iranischen Nuklearprogramms zielen: ein Embargo gegen iranische Ölimporte in die EU sowie Finanzsanktionen gegen die iranische Zentralbank. Bereits zuvor hatte die EU ein verschärftes Kontroll- und Überwachungssystem für Banken und Finanztransaktionen mit Iran, ein Verbot mittel- und langfristiger Exportkredite, umfangreiche Listungen iranischer Unternehmen, Institutionen, Individuen und Dual-Use Güter, nicht proliferationsbezogene Sanktionen im Energiebereich sowie verschärfte Kontrollpflichten für den Schiffsverkehr und ein Landeverbot für iranische Frachtflugzeuge auf europäischen Flughäfen beschlossen.

### Geostrategischer Kontext

Aus geostrategischer Perspektive ist der Iran zugleich eine regionale Macht mit signifikanter Präsenz im Nahen und Mittleren Osten wie auch ein globaler Akteur. Er ist ein Akteur mit weitreichenden geopolitischen Ambiti-



onen und zugleich auch eine Quelle von regionaler Instabilität. Damit gewinnt die Auseinandersetzung über die offensichtlich angestrebte *nukleare Bewaffnung* des Iran weitere Dimensionen.

Geostrategisch sind die Entwicklungen in und um den Iran vor dem Hintergrund der Diskussion um den Zugang zu strategisch relevanten Räumen – den sogenannten *Global Commons* – zu betrachten. Das *Great Game* des 21. Jahrhunderts vollzieht sich im Wechselspiel zwischen dem Versorgungsbedarf führender Länder auf der einen Seite und der Notwendigkeit des Zugangs zu den sogenannten *Global Commons*, das heißt der hohen See, dem Luft-, Welt- und Informationsraum. Hieraus wird sich absehbar ein zunehmend heftiger Wettkampf um Einfluss auf die strategisch relevanten Räume entwickeln.

Im Unterschied zur Landmasse stehen die *Global Commons* allen Staaten in gleicher Weise zur Verfügung. Zumindest ist das der Anspruch. Versorgungsbedarf und Zugangsmöglichkeiten beeinflussen sich dabei gegenseitig: Aus dem Versorgungsbedarf eines Landes resultieren seine raumbezogenen Interessen, und die vorhandenen Mittel im Bereich der Logistik, der Schifffahrt oder der Marine bestimmen, wie sich ein Land in den globalen Versorgungsräumen positionieren kann. Einfluss übt aus, wer den Zugang zu strategisch relevanten Räumen kontrolliert.

Die zunehmende Abhängigkeit vom Zugang zu, Bewegungsfreiheit in und der Nutzung von strategisch relevanten Räumen wird zwangsläufig in dem Maße zu Gegenbewegungen führen, in dem Akteure diese Abhängigkeit erkennen und versuchen, sie zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen. Kaum ein Dokument bringt dies so klar auf den Punkt wie das amerikanische Joint Operational Access Concept mit der Feststellung: „*This concept emphasizes warfare against highly capable enemies with advanced, multidomain antiaccess/areadial capabilities on the premise that this is the greatest challenge of all.*“<sup>2</sup> Hierfür werden im Sinne des *Comprehensive Approach* – dem in NATO und Europäischer Union etablierten strategischen Ansatz – nicht nur militärische, sondern zunehmend auch, industrie-, forschungs-, außen- und entwicklungspolitische Mittel eingesetzt, insbesondere jedoch wirtschaftspolitische Mittel.

Das global vorherrschende Wirtschaftsmodell ist liberal ausgerichtet und basiert auf dem freien Austausch von Gütern, Informationen, Kapital und Personen. Dieser freie Austausch ist Erfolgsgarant und Achillesferse zugleich – gerät er in Schieflage, wankt das Modell. Genau das droht mit einer militärischen Auseinandersetzung im und um den Iran; denn er liegt in einem strategisch überaus relevanten Raum.

Eine wachsende Weltbevölkerung und aufstrebende Wirtschaftsmächte wollen versorgt werden. Doch der Bedarf kann nur gedeckt werden, wenn man Zugang hat zu den Regionen, in denen Rohstoffe, Handelsgüter und Technologien verfügbar sind. Ferner müssen die Transportwege offen und die erforderlichen Transportmittel vorhanden sein. Daraus ergeben sich spezifische Interessenlagen, z.B.:

- China bezieht mehr als die Hälfte seiner Ölimporte aus Saudi Arabien, Angola, Iran und Oman. Großbritannien schloss 2009 mit Katar einen Vertrag zur Lieferung verflüssigten Erdgases, das per Schiff durch die Straße von Hormuz, den Golf von Aden und den Suezkanal zu seinen Abnehmern gelangt.
- Deutschland als exportstärkstes europäisches Land wickelte 2010 mehr als die Hälfte seines Außenhandels mit Ländern wie Japan, China, Indien oder Südafrika auf dem Seeweg ab.

<sup>2</sup> [http://www.defense.gov/pubs/pdfs/JOAC\\_Jan%202012\\_Signed.pdf](http://www.defense.gov/pubs/pdfs/JOAC_Jan%202012_Signed.pdf)



Folgerichtig liegt aus westlicher Sicht der Kern der iranischen Bedrohung in der Dominanz Irans über die Öl- und Gasvorräte der Region sowie deren Transport durch die Pipelines und Tanker des industrialisierten Westens. Die wirkliche Bedeutung eines nuklearen Iran resultiert aus dem Schutzschirm, der es Teheran gestattet, dort heraus sanktionsfrei seine Hegemonialansprüche über die arabische Halbinsel verfolgen zu können, insbesondere im schiitisch geprägten Osten, in dem die Masse der Öl- und Gasreserven liegen. Der Iran verfügt über beträchtliche eigene Öl- und Gasreserven und beherrscht den Zugang zu Zentralasien und zum Kaukasus. Er hat bereits den energiereichen Irak fest im Griff. Natürlich will er weder Syrien mit seinen kleineren Ölreserven, aber wichtigen Pipelines und Mittelmeerhäfen aus seinem Einflussbereich entlassen, noch den Libanon.

Vor diesem Hintergrund muss erstaunen, in welchem Ausmaß immer wieder tagesbezogene und taktische Überlegungen die politische Agenda des Westens vis-a-vis dem Iran treiben, darunter

- die amerikanischen Präsidentschaftswahlen, bei denen man sich weder von Israel noch vom Iran stören lassen möchte;
- politisch-taktische Manöver Europas;
- nachlassendes internationales Interesse an der Wahrnehmung von Stabilisierungsaufgaben.

Hier läuft der Westen Gefahr, einer iranischen Strategie in die Hände zu spielen, die nicht die direkte Auseinandersetzung mit Israel sucht, sondern eher den Arabischen Frühling zu einer neuen anti-israelischen Koalition umformen möchte, die das Kräftegleichgewicht zugunsten Teherans verändert und einen arabisch-israelischen Krieg sucht, von dem das iranische Regime profitieren will. In absehbarer Zeit wird der Iran auch Mitteleuropa mit Raketen angreifen können. Das iranische Nuklearpotenzial bildet hierbei ggf. einen Schutzschirm, der sicherstellt, dass der Iran selbst nicht angegriffen wird. Kann der Iran diese Strategie erfolgreich umsetzen, werden kriegerische Auseinandersetzungen im mittleren Osten wahrscheinlich.

### Militärische Optionen

Offensichtlich ist die iranische Führung in der Lage, die USA, seine arabischen Nachbarstaaten und Israel mit ihrem Nuklearprogramm in Kombination mit einem Raketenprogramm und vielen kleineren Militärprogrammen ernsthaft zu beunruhigen. Die Revolutionsgarden haben eine Reihe von beeindruckenden asymmetrischen Militäroptionen entwickelt. Der Ruf nach schärferen Sanktionen, aber auch nach dem Einsatz militärischer Mittel wird lauter. Möglicherweise wird dieser Ruf die öffentliche Diskussion nach den U.S. Präsidentschaftswahlen hörbarer als bisher bestimmen. Längst ist der Eindruck entstanden, dass die Diplomatie die verfügbare Zeit weitgehend wirkungslos verbraucht hat.

Bereits die Verschärfung von Sanktionen birgt Eskalationspotenzial. Das Regime in Teheran konnte sich seinen Handlungsspielraum bisher nur deshalb leisten, weil es überaus große Einnahmen aus Erdölexporten erzielt. Eine verschärfte Sanktionspolitik verfolgt als Hauptziel, diese Einnahmequellen zu unterbinden. Deren Erfolg hängt maßgeblich davon ab, ob und unter welchen Bedingungen China und Japan mitmachen, denn beide Länder beziehen große Teile ihres Erdöls aus dem Iran. Je effektiver diese Sanktionen sind, umso wütendere und aggressivere Reaktionen sind aus Teheran zu erwarten.

Bei einem etwaigen Einsatz militärischer Mittel ist das Eskalationspotenzial natürlich erheblich größer. Aller-



dings bedeutet der Einsatz militärischer Mittel nicht notwendigerweise gleich die Invasion des Iran oder gar zwangsläufig einen Regimewechsel in Teheran. Viel wahrscheinlicher sind abgestufte militärische Optionen. Derartige Überlegungen beschäftigen bereits seit Jahren die Generalstäbe potenzieller Beteiligter.

Die wahrscheinlichste Form des offenen Einsatzes militärischer Mittel wären begrenzte Luftschläge gegen sensitive Einrichtungen des iranischen Nuklearprogramms sowie eine Seeblockade, um ein Embargo für Waffen und Komponenten zu erzwingen oder gar einen Stopp der iranischen Erdölexporte. Militärische Option kann auch bedeuten, militärische Aktionen der Iraner zur See oder mit Raketenangriffen unmöglich zu machen.

Israelische präemptive Luftschläge würden vermutlich darauf abzielen, mehrere exzellent geschützte, unterirdische iranische Nukleareinrichtungen gleichzeitig zu bekämpfen. Hierzu müssten über 100 Flugzeuge jeweils mehr als 1.500 km in unfreundlichem Luftraum überwinden. Dies erfordert Luftbetankung und die Ausschaltung der iranischen Luftverteidigung. Eine wichtige, nicht exakt einzuschätzende Rolle, könnten hierbei Unmanned Aircraft Systems spielen. In der Folge könnte es zu größeren regionalen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region kommen, in die mit großer Wahrscheinlichkeit auch U.S. Streitkräfte einbezogen werden.

In einer eskalierenden Auseinandersetzung könnten sich die U.S.A. dann durchaus gezwungen sehen, in den Iran einzumarschieren. Damit sind folglich Optionen für den Einsatz von Landstreitkräften nicht undenkbar. Öffentlich wurden bereits Überlegungen für eine etwa 3-wöchige Kampagne diskutiert, die darauf abheben könnte, die derzeitige iranische Regierung Ihres Amtes zu entheben. Die offene Frage bleibt: Was passiert danach? Selbst wenn man eine größere Opposition zum gegenwärtigen Regime unterstellt, unterstreicht die jüngere Geschichte der Region, wie schnell solche Regimewechsel blutig enden. Auch eine neue iranische Regierung könnte den Weg nuklearer Bewaffnung fortsetzen – so wie das gegenwärtige Regime in nuklearer Hinsicht in die Fußstapfen des Schahs getreten ist.

Jenseits dieser Überlegungen sind grundsätzlich weitere Konstellationen vorstellbar, die einen robusten militärischen Einsatz mit Landstreitkräften bedingen können:

1. Die Notwendigkeit, strategische Ressourcen, kritische Infrastruktur oder Geographie bzw. militärische Fähigkeiten vor gegnerischem Einwirken zu sichern.
2. Die begrenzte Stabilisierung einer wichtigen Region, in dem verschiedene bewaffnete Gruppen aktiv um die politische Kontrolle nach dem Zusammenbruch einer vormaligen zentralen Autorität ringen.
3. Die erforderliche Zerstörung gegnerischer Fähigkeiten, Netzwerke oder logistischer Einrichtungen, die stark geschützt sind.
4. Der Schutz von Bevölkerung vor systematischen Menschenrechtsverletzungen durch den Staat oder rivalisierende Gruppen.

Die Herausforderungen, denen Landstreitkräfte hierbei erfolgreich begegnen können müssen, sind erheblich. Im Einsatzraum erwartet sie ein Dickicht traditioneller, irregulärer und hybrider gegnerischer Kräfte, die gegen die Eindringlinge wie u.U. auch gegeneinander unerbittlich kämpfen. Dabei ist sowohl mit dem Rückgriff auf Techniken und Taktiken nicht-konventioneller Art seitens der konventionellen Streitkräfte zu rechnen als auch mit einer Integration bisher eher staatlicher Fähigkeiten durch nicht-staatliche Akteure. Viele dieser Kräfte





verfügen über modernste Ausrüstung und Ausbildung. Sie sind geübt im Einsatz ohne zentrale Führung und Führungseinrichtungen.

Vorstellbar sind asymmetrische Maßnahmen, darunter in den Bereichen Cyber und Terrorismus. Hinzu muss man damit rechnen, dass an anderen Orten „Vergeltung“ geübt wird: Sei es, dass aus dem Südlibanon massiv Raketen auf Israel abgeschossen werden, sei es, dass in Deutschland oder in den USA Anschläge verübt werden, sei es, dass im Irak der Krieg zwischen Sunniten und Schiiten wieder anfängt oder dass die iranischen Revolutionsgarden versuchen, die internationale Seeschifffahrt im Persischen Golf zu unterbinden. Die *Sea Lines of Communications* in unmittelbarer Nachbarschaft des Iran lassen sich beispielsweise durch Minenlegung effektiv behindern. Ergänzend könnten die Iraner Schwarm-Angriffe durch mit Raketen bestückte Schnellboote oder auch den Einsatz seiner 18 U-Boote in Kombination mit Schnellbooten und Lastwagen zur Bekämpfung von Schiffen in Erwägung ziehen. Es bleibt zu überprüfen, ob die damit zusammenhängenden Eskalationsrisiken beherrschbar sind. Insgesamt sind ggf. erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf Wirtschaft und Handel der westlichen Welt bis hin zur Weltwirtschaft zu befürchten.

Eines der schlimmsten vorstellbaren Ergebnisse einer militärischen Intervention wäre ein nur teilweise erfolgreicher Einsatz. Er würde das Atomprogramm lediglich verlangsamen, aber nicht dauerhaft verhindern. Er würde in Teheran die Überzeugung stärken, dass eine iranische Atombombe als Mittel der Abschreckung und Selbstverteidigung notwendig ist. Er würde die Iraner in ihrem Streben nach nuklearer Bewaffnung bestärken, in dem Verständnis, dass eine Nuklearmacht noch nie in der Geschichte angegriffen wurde. Der Iran würde dann sein eigenes Programm engagiert fortführen, er könnte auch Technologie und Material im Ausland erwerben. Sofern Anlagen angegriffen würden, die unter den Nichtverbreitungsvertrag fallen, würde sich der Iran vermutlich aus dem Vertrag zurückziehen und damit dazu beitragen, dass dessen Relevanz ins Bodenlose fällt. Dies würde zugleich internationale Versuche konterkarieren, die auf eine iranische Verhaltensänderung abzielen. Im Ergebnis würde er Entwicklungen befördern, die Ölpreise hoch- und fragile Wirtschaften in die Krise treiben.

### Abschlussbemerkungen

Im Grunde befinden wir uns bereits in der Vorphase einer militärischen Auseinandersetzung. Wie anders soll man Cyberattacken mit Stuxnet auf die nuklearen Forschungsanlagen sowie jüngst auch im Erdölbereich, die Sprengstoffanschläge wie auch die Attentate gegen führende Wissenschaftler des Nuklear- und Raketenprogramms interpretieren? Wer immer diese Anschläge geplant und ausgeführt hat geht davon aus, dass diese Programme durch den Einsatz von Gewalt unterbrochen, verlangsamt oder beendet werden können. Auch die große Präsenz von Marinen aus der ganzen Welt in der – zumindest Nähe der – Straße von Hormuz zeugt über ein Interesse an der Bekämpfung der Piraterie hinaus, von dem erheblichen Interesse der beteiligten Staaten an Sicherheit in dieser Region.

Zugleich beginnen die Sanktionen gegen den Iran zu greifen. Ihre Verschärfung trifft das Land erheblich, denn Teheran kann in der Folge sein Potenzial an Erdöl- und Erdgasexporten immer weniger nutzen. Derart steigen die Kosten für das Nuklearprogramm des Iran enorm, während dessen Ertrag bis auf Weiteres begrenzt bleibt. Selbst wenn der Iran die Urananreicherung fortsetzt; er braucht noch Zeit, einen oder zwei Nuklearsprengkör-

per herzustellen. Deren Funktionsfähigkeit ist damit allerdings keineswegs gesichert. So bleibt der Diplomatie noch Zeit zu wirken.

Die Entwicklungen der kommenden Monate insbesondere in Ägypten und Syrien werden zu einem Schwungrad für den verbleibenden Zeitanteil. Sie lassen sich als ein wichtiges Indiz dafür verstehen, ob das Pendel der Kräfteentwicklung eher in Richtung Israel oder Iran ausschlägt. Werden Ägypten und Syrien künftig von politischen Eliten bestimmt, die vehement anti-israelische Positionen verfolgen, wird der Iran gestärkt und Israel mehr denn je seit 1973 isoliert. Niemand außer dem Iran wünscht sich derzeit eine solche Lösung. Etablieren sich in Ägypten und Syrien hingegen politische Führungen, die eine Einmischung des Iran zurückweisen – insbesondere eine Einmischung der iranischen Revolutionären Garden –, dann wird der Iran isoliert und zwischen Tel Aviv und Teheran entsteht ein neuer Puffer. Die Türkei, angesichts ihres Bedeutungsgewinnes als wirtschaftlich und politisch außerordentlich erfolgreiches Land, könnte in diesem Fall eine wichtige Rolle in der Stabilisierung und Ausrichtung der Region ausüben – die Türkei, wer sonst?!

\*\*\*

**Anmerkung:** Der Beitrag gibt die persönliche Ansicht des Autors wieder.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

*Oberst i.G. Ralph D. Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Bonn.*



*Ralph D. Thiele*